

# Heute schon ein Atom-Endlager?

Die Probleme bei der Endlagerung von Atommüll in Deutschland sorgen wenige Monate vor der Bundestagswahl für neuen Zündstoff. Der Salzstock in Gorleben ist teilweise bereits als Endlager für hochradioaktiven Müll aus deutschen Atomkraftwerken ausgebaut worden. Der Nachweis, ob der Standort überhaupt geeignet ist, fehlt aber. Bisher war immer nur die Rede von Erkundungsarbeiten. Atomkraftgegner sind über eine solche Festlegung auf den niedersächsischen Standort empört.



**FRIEDLICHER EINDRUCK:** Doch so ländlich gemütlich, wie das Foto wirkt, ist es in Gorleben nicht mehr. Der Kampf um den Ausbau des Endlagers (kleines Foto) zieht sich bereits seit mehr als 30 Jahren hin. Mit jedem neuen Castor-Transport kommen die Demonstrationen – und wächst die Wut im Wendland. Fotos: dpa

## Ausbau statt nur Erkundung im wendländischen Salzstock

VON MONIKA WENDEL UND MAX ECKART

**GORLEBEN.** Die Planungen für ein atomares Endlager im Salzstock Gorleben sind wesentlich weiter gediehen als bislang bekannt. Dies geht aus einem internen Papier des Bundesamts für Strahlenschutz (BfS) hervor, das der „Frankfurter Rundschau“ vorliegt. Danach wurde bereits Mitte der 1980er Jahre mit dem Ausbau des Salzstocks zu einem Endlager begonnen.

BfS-Sprecher Florian Erlich wollte den Bericht nicht bestätigen. Er räumte aber ein, dass die bislang in Gorleben angefallenen Kosten höher seien, als es allein für eine Erkundung im Rahmen eines Standortauswahlverfahrens notwendig gewesen wäre.

Die unterirdischen Anlagen in Gorleben seien „für den Fall der nachgewiesenen Eignung im Hinblick auf ihre spätere Nutzbarkeit beziehungsweise Ausbaufähigkeit für das geplante Endlager ausgelegt worden“, so Erlich. Dies betreffe insbesondere die beiden Schächte, die Größe der Salzhalde sowie die Größe der Außenanlage und der Gebäude.

Die Ausbaumaßnahmen seien bergrechtlich genehmigt und vom Bundesverwaltungsgericht für zulässig erklärt worden, betonte Erlich. Er bezog sich auf den FR-Bericht, wonach aus einer „internen

Bewertung“ des BfS hervorgeht, dass Gorleben bereits seit Mitte der 80er Jahre illegal zu einem Endlager ausgebaut worden sei. Der umfangreiche Ausbau des Salzstocks in Gorleben ist nach Angaben des Bundesumweltministeriums keine Vorentscheidung für Gorleben als Atommüll-Endlager. Die seit Mitte der 80er Jahre zu Zeiten der schwarz-gelben Koalition gebaute Anlage sei – wie seit langem bekannt – als Erkundungsbergwerk viel zu groß geraten, sagte Sprecher Michael Schroeren. „Man hat in Gorleben tatsächlich ein fertiges Endlager hingestellt und hat erwartet, dass es auch später genehmigt wird. Sonst hätte man nicht diesen Aufwand betrieben.“ Dies sei aber nicht illegal.

### Verzicht gefordert

Atomkraftgegner aus dem Wendland verlangten einen Verzicht auf den Standort Gorleben. „Die Erkundungslüge ist aufgefliegen“, sagte der Sprecher der Bürgerinitiative (BI) Umweltschutz Lütchow-Dannenberg, Wolfgang Ehmke. Die Errichtung eines Endlagers ohne Eignungsausgabe und ohne Planfeststellungsbeschluss sei rechtswidrig. Gorleben sei „in jeder Hinsicht verbrannt.“

Für heute riefen die Bürgerinitiative sowie atomkritische Landwirte zu einer Protestkundgebung am Endlager Bergwerk auf. „Jedem Hausleibauer werden selbst für die kleinsten Bauvorhaben Genehmigungen abverlangt, aber wenn es um die Einlage-

rung von hochgiftigem Atommüll geht, dann scheint man es nicht so genau zu nehmen“, meinte auch Grünen-Landeschefin Dorothea Steiner.

Der Salzstock Gorleben wird seit rund 30 Jahren auf seine Tauglichkeit als Endlager für hoch radioaktiven Atommüll untersucht. Bislang wurden rund 1,5 Milliarden Euro in die Prüfung investiert.

Die Energiekonzerne, Union und FDP drängen darauf, dass Gorleben zügig zu Ende erkundet und als Endlager in Betrieb genommen wird. Dagegen fordert Bundesumweltminister Sigmar Gabriel (SPD), dem auch das BfS untersteht, eine Prüfung weiterer Standorte in Süddeutschland. Derweil berichtete das TV-Magazin „Kontraste“, Wissenschaftler hätten 1996 das damals von Angela Merkel geführte Bundesumweltministerium aus der unterirdischen Lagerung

von Atommüll und einer daraus resultierenden radioaktiven Verseuchung von Wasser gewarnt. Merkel habe die Öffentlichkeit damals nicht über diese Bedenken informiert, sondern angeordnet, „weiterhin kostengünstig Atommüll aus Westreaktoren ins Endlager Morsleben in Sachsen-Anhalt zu verkippen“, hieß es.



Welche Möglichkeiten gibt es überhaupt, atomaren Müll zu lagern? Eignet sich der Standort Gorleben dafür, und was für Probleme gibt es in der Asse? Das sind nur einige der Fragen, die das Bundesamt für Strahlenschutz (BfS) derzeit auf dem Ernst-August-Platz beantwortet –

in zwei großen gelben Containern. In einem ist eine virtuelle Befahrung des Bergwerks Gorleben möglich. Eine Zukunftsmaschine zeigt, was bei der Einlagerung hochradioaktiver Abfälle in Salz, Ton oder Granit im Verlauf mehrerer Millionen Jahre geschehen kann. Mit einer

Original-Messsonde kann außerdem Radioaktivität selbst gemessen werden. Die Container sind heute von zwölf bis 19 Uhr geöffnet und morgen am letzten Tag von zehn bis 16 Uhr. Dann wandert die mobile Ausstellung weiter. Der Eintritt ist frei.

Foto: Decker

## NP-INTERVIEW

### „Die Entscheidung ist doch längst gefallen“

Die Wendländerin **Rebecca Harms, Vizechefin der Grünen im Europaparlament, fordert im NP-Interview eine neue Suche nach einem geeigneten Endlagerstandort für Atommüll.**

VON PETRA RÜCKERL

**Für den Fall des Falles existiert nun schon ein Atomendlager. Beruhigt Sie das?**

Nein. Denn deutlich wird nun, dass es in Gorleben nie um eine Erkundung ging, sondern dass die Entscheidung, das sogenannte Erkundungsbergwerk als Endlager zu nutzen, schon längst gefallen ist. Um Daten über den Salzstock zu erheben, war es nie nötig, ein Bergwerk in diesen Dimensionen auszubauen. Das aber wollte man den Bürgern weismachen.

**Wollte man mit dem Bau Fakten schaffen?**

Ja. Es sind ja Milliarden investiert worden, um Tatsachen zu schaffen, an denen man nur noch schwer vorbei kommt. Zwar wurde immer von der „Ergebnisoffenheit der Erkun-

dung“ gesprochen, aber die wurde durch diese Art des Ausbaus und durch diese gigantischen Investitionen konkretisiert. Das gilt für den Bau sowohl unter Tage als auch über Tage. Da sieht nichts danach aus, als wäre es auf Zeit oder als Provisorium angelegt.

**Kann man von einem Schwarzbau sprechen?**

Schwarzbau ist die zutreffende Zuspitzung, weil ein Endlager erst dann gebaut werden darf, wenn die Entscheidung auch atomrechtlich überprüft worden ist. Bisher wird da nach Bergrecht gearbeitet.

**Was spricht denn gegen den Standort Gorleben?**

Die Begründung für Gorleben war 1977 rein politischer Natur. Es war die damalige Grenzlinie zur DDR, die Abgeschiedenheit, die wirtschaftsschwache Region, auch die eher konservative Bevölkerung. Die Geologie des Standortes sprach von Anfang an gegen diese Auswahl. Man wusste früh von der schlechten Qualität des Deckgebirges über dem Salzstock, man wusste, dass es da Wasserprobleme geben könnte.

**Kann Gorleben denn noch als Endlagerstandort gestoppt werden?**

Es bedarf einer echten politischen Entscheidung. Eigentlich müsste das, was in den letzten Monaten über die Asse bekannt geworden ist, ausreichen, um auch eine Regierung Christian Wulff zum Nachden-

ken über die bisherige Endlagerkonzeption und den Glauben an die Endlagerkonzeption im Salz zu bewegen. Dieselben Leute, die die Sicherheitsprognosen für die Asse abgegeben haben, haben auch die Sicherheitsprognosen für Gorleben abgegeben.

**Was fordern Sie?**

Der einzige verantwortbare Weg ist der, die Endlagersuche von neuem zu beginnen. Deutschland ist das einzige westeuropäische Land, das an den überholten Konzepten für die Endlagerung aus den 70er Jahren festhält. In allen anderen Ländern wurden die Auswahlverfahren neu aufgerollt.



Rebecca Harms

**Ist das möglich mit einer Bundeskanzlerin Angela Merkel?**

Nein. Ich kann mich erinnern, dass Angela Merkel noch als Bundesumweltministerin angesichts von radioaktiv verschmutzten Castor-Behältern mit folgender Bemerkung aufgefallen ist: Das sei wie beim Kuchenbacken, da ginge auch schon mal so ein bisschen Backpulver daneben. Mit so einer Haltung ist Angela Merkel damals an die nukleare Gefahr herangegangen. Und heute stellen wir fest, dass Merkel den verantwortlichen Neuanfang in der Endlagersuche blockiert.

# Wie sozial ist Europa wirklich?

## Mindestlöhne und Mutterschutz – Mitgliedsstaaten mauern bei EU-Regeln

**Noch neun Tage bis zur EU-Wahl: Sichert die EU soziale Standards – oder werden sie von Brüssel verwässert?**

VON NORA LYSK UND ANGELA SCHILLER

**BERLIN.** Die Angst vor Massenentlassungen geht um in Europa. 8,5 Millionen Menschen könnten nach einer Prognose der EU-Kommission wegen der Wirtschaftskrise in diesem und im kommenden Jahr ihren Job verlieren. Deshalb forderte EU-Kommissionspräsident José Manuel Barroso kürzlich bei einem „Sozialgipfel“ in Prag: „Europa muss den Bereich Beschäftigung zur obersten Priorität

machen.“ Doch außer Fördermitteln aus Europäischen Fonds hat die EU nicht viele Handlungsmöglichkeiten: Die Arbeits- und Sozialpolitik ist bislang immer noch weitgehend Sache der einzelnen Mitgliedsstaaten.

„Der europäische Beschäftigungsgipfel vom 7. Mai 2009 ist Beispiel dafür, dass europäische Antworten auf die aktuelle Wirtschaftskrise gefunden werden können“, ist Burkhardt Balz, niedersächsischer CDU-Kandidat für das Europaparlament, optimistisch. Weil Deutschland für wirtschaftliches Wachstum aber langfristig Zuwanderung brauche, begrüße er auch die europäische Arbeitnehmerfreizügigkeit. Doch Balz mahnt auch an: „Soziale

und gesellschaftliche Standards dürfen darunter jedoch nicht leiden.“

Doch eben die hinkten der Entwicklung des Binnenmarktes immer noch hinterher, kritisiert die Europa-Expertin des Deutschen Gewerkschaftsbundes (DGB), Gabriele Bischoff. So gebe es bislang keine europaweit wirklich verbindlichen Ziele in der Arbeitsmarktpolitik. Und auch ein Mindestlohn in allen EU-Ländern nach verbindlichen Vorgaben ist bislang noch nicht in Sicht.

### Gleiche Standards

Ein Thema, das sich der Spitzenkandidat der niedersächsischen SPD für das Europaparlament, Bernd Lange, ganz

oben auf seine Agenda geschrieben hat. „Wenn 2011 die vollständige Arbeitnehmerfreizügigkeit eintritt, brauchen wir einheitliche Lohnstandards.“ Dafür will er sich im Parlament stark machen. Auch die Mitbestimmung von Arbeitnehmern auf europäischer Ebene ist Lange ein wichtiges Anliegen. „So etwas wie unser VW-Gesetz müsste im Hinblick auf Mitbestimmungsrechte zum Export-schlagler in ganz Europa werden“, meint Lange.

Wie schwer aber der Einklang in der Sozialpolitik herzustellen ist, zeigte jüngst das Scheitern der Richtlinie zu Höchstbeitszeiten – und zwar nach mehr als fünf Jahren Verhandlungen. Das Europaparlament wollte an der 48-Stun-

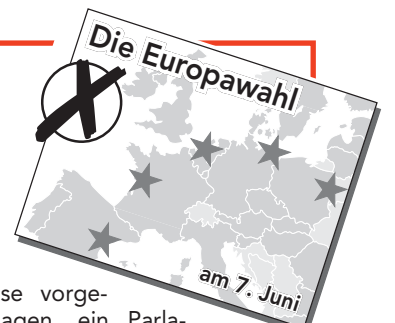
den-Woche festhalten, der Ministerrat wollte in Ausnahmefällen bis zu 65 Stunden Arbeit erlauben – eine Horrorvorstellung nicht nur für Beschäftigte an Krankenhäusern. „Besser scheitern als ein fauler Kompromiss, der als Gesetz dann auf Dauer Schaden anrichtet“, fand die Grünen-Europaabgeordnete Elisabeth Schroedter, die auch Mitglied im Beschäftigungsausschuss ist.

### Richtlinien

Ein ähnliches Schicksal könnte der Mutterschutz-Richtlinie drohen. Sie soll die Pause für Mütter nach der Geburt eines Kindes in der EU vereinheitlichen. Die EU-Kommission hat mindestens 18 Wochen Baby-

pause vorge-schlagen, ein Parlamentsausschuss will 20 Wochen – und einige Mitgliedsländer wie Deutschland finden 14 Wochen ausreichend. Auf Antrag der Europäischen Volkspartei (EVP) und mit Unterstützung der Liberalen wurde gerade verhindert, dass im Plenum über Verbesserungen im Mutterschutz abgestimmt wird.

Ebenso kümmert sich die EU auch um den Schutz vor Diskriminierung und die Gleichstellung von Männern und Frauen. Allerdings hat Brüssel hier kaum Kompetenzen: Der regelmäßige Befund etwa, dass in Deutschland Frauen immer noch fast ein Viertel weniger verdienen als Männer, bleibt bislang folgenlos.



**DEMO:** Der Europäische Gewerkschaftsbund rief im Mai zu europaweiten Protesten gegen die Finanzkrise auf. Foto: dpa